

# Seniorenheim nicht nachhaltig genug?

## Großes Unverständnis der Gemeinde nach Stellungnahme der Bischöflichen Finanzkammer

**Gottfrieding.** Die Gemeinde Gottfrieding befindet sich durch die Kirche, die sich eigentlich gemäß ihrer festgelegten Ordnung der Wohlfahrt verpflichtet fühlen sollte, in folgender misslichen Lage: Ein namhafter Investor würde zehn Millionen Euro in ein Seniorenheim investieren, ohne dass für die Gemeinde irgendwelche Kosten entstehen würden – im Gegenteil.

Doch die Kirche lehnt den Verkauf oder Tausch des einzigen in Frage kommenden Stiftungsgrundes ab und zieht plötzlich ein Pfarr- und Jugendheim in Erwägung. Sie berief sich auf die nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks.

Bei der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung am vergangenen Montag durften sich laut Beschluss auch die anwesenden Bürger und Bürgerinnen zum Thema „Wohn- und Pflegeheim“ zu Wort melden. Bürgermeister Gerald Rost verlas das Antwortschreiben der Bischöflichen Finanzkammer des Bistums Regensburg, das vom bischöflichen Finanzdirektor Prälat Robert Hütter unterschrieben wurde. In diesem wurde mitgeteilt, dass die mit dem geplanten Wohn- und Pflegeheim verbundenen Grundstücksfragen zwar diskutiert wurden, aber man der Kirchenverwaltung die Empfehlung gegeben habe, „zunächst zu prüfen und festzustellen, welche Teilflächen des betreffenden Grundstücks langfristig für kirchliche Zwecke benötigt werden“. Man habe angeregt, dass bei der Größe der Pfarrei ein eigenständiges Pfarr- und Jugendheim in unmittelbarer Nähe zur Kirche wünschenswert wäre. Ein Seniorenheim erachtet man offensichtlich „als nicht nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks“, obwohl laut Stiftungsgesetz die Achtung vor dem Stifterwillen oberste Richtschnur bei dessen Handhabung ist und laut der darauf berufenen Ordnung, Kirchliche Stiftungen bayerischer Diözesen dem Wohlfahrtswesen zu widmen seien. Unter „Wohlfahrt“ versteht man „Wohlergehen“, was durchaus der Pflege von älteren und hilfsbedürftigen Menschen entspräche, um ihnen ein würdiges Dasein zu gewährleisten. Seinen Ursprung hat der Wohlfahrtsgedanke in den christlichen Gedanken Caritas und Diakonie. Mit dem lapidaren Satz: „Nach eingehender Prüfung und Beratung wird die Kirchenverwaltung diesbezüglich auf Sie zukommen“, vertröstete man Bürgermeister Gerald Rost und den Gemeinderat bis auf Weiteres.

Diese Verzögerungstaktik des Bischöflichen Ordinariats will man aber keineswegs so hinnehmen: „Wir lassen uns doch nicht von der Kirche für dumm verkaufen“, so unter anderem die Resonanz der anwesenden Bürger. Man sei zwar dankbar, so Bürgermeister Gerald Rost, dass man sich von höherer Stelle überhaupt der Sache angenommen hatte, dennoch sei er enttäuscht darüber, dass die Bedarfsfrage des Wohn- und Pflegeheimes, die von der Kirchenverwaltung Gottfrieding als einziger Ablehnungsgrund angeführt wurde, überhaupt nicht mehr erwähnt wurde.

Dennoch sei die Anregung, ein Pfarr- und Jugendheim zu bauen, durchaus zu begrüßen. „Für beide Gebäude – Pfarr- und Jugendheim und Seniorenheim – ist genügend Platz auf dem Gelände“ versicherte er.

Was er vermisse, sei die Beantwortung der Frage, wer denn nun für das kirchliche Grundstück Flurstücknummer eins eigentlich zuständig sei. Nach einem Gespräch mit dem Justitiar der Diözese und persönlichen Recherchen handelt es sich hierbei um ein Pfründegrundstück. Die Pfründestiftung ist eine aus dem Mittelalter übernommene und bis in die heutige Zeit gültige Form des Unterhalts für Geistliche. Die Einkünfte aus einem bestimmten Realbesitz gehörten den



Bürgermeister Gerald Rost und der Gemeinderat befassen sich mit dem Antwortschreiben des Bistums Regensburg.

Pfründereinhaber für seinen Lebensunterhalt. Nachdem die Priester heutzutage aber aus Mitteln der Kirchensteuer besoldet werden, fallen diese Einkünfte der Stiftungspründe der Diözese zu.

„Wir möchten, dass die Kirche ihre wahren Gründe darlegt und uns nicht mit fadenscheinigen Erklärungen abspießt“, so lautete die Forderung der Bürgermeister Gerald Rost, seiner Stellvertreter Georg Schmidbauer und Günther Meier, gleichermaßen der Überzahl der Gemeinderäte, bis auf einen, der auch der Kirchenverwaltung angehört und klar seine Ablehnung gegen das Wohn- und Pflegeheim zum Ausdruck brachte – jedoch auch ohne Nennung eines triftigen Grundes. Einige Bürger reagierten sehr erobert über die Art und Weise, wie die Diözese und auch die Mitglieder der Kirchenverwaltung versuchen, mit spärlichen Argumenten die Bevölkerung hinzuhalten, weil man offensichtlich Zeit gewinnen will. Wenn es sich bei dem in Frage kommenden Grundstück neben dem Pfarrheim, das auch alle damit befassten und befragten Behörden sehr positiv bewerteten und befürworteten, tatsächlich um ein Pfründegrundstück handelt, dann wäre Pfarrer George Parankimalil der gesetzliche Vertreter der Pfründestiftung, der dem Projekt beipflichtet und es als gute Sache erachtet. Die Kirchenverwaltung hätte rein rechtlich hierbei kein Mitspracherecht.

Die Anwesenden konnten durchaus nachvollziehen, wenn sich bei Bürgermeister und Gemeinderat die Frage aufwirft, warum die Kirche gerade jetzt prüft und über den Sinn eines Pfarr- und Jugendheimes nachdenkt, nachdem die Gemeinde ein Seniorenheim errichten will. „Dies hätte man eigentlich schon vor 30 Jahren bauen können – wo es wesentlich mehr Gläubige und Jugendliche gegeben hat“, meinte Bürgermeister Rost zu den Themen „Bedarf“ und „sinnvoller Einsatz von Kirchenmitteln“, zumal sie die einmalige Möglichkeit, ein Senioren-

heim ohne jeglichen Kostenaufwand – sei es bei der Finanzierung der Immobilie als auch bei den Folgekosten – zu bauen, ohne nachvollziehbare Gründe abblockt und boykottiert. Dies wolle man nicht so ohne weiteres hinnehmen.

Die Gemeinde kümmere sich ohnehin schon lange um die Jugendlichen, indem sie der Katholischen Landjugend Gruppenräume in einem gemeindlichen Gebäude kostenlos zur Verfügung stelle. Doch genauso wie Bürgermeister Rost und den Gemeinderäten die Jugend am Herzen liege, so haben auch die Senioren einen hohen Stellenwert. Den Vorwand der Kirche, das Grundstück für eine eventuelle Friedhofserweiterung zu benötigen, entfallende Friedhöfe lägen ohnehin im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde.

Persönliche Aversionen gegen den Bürgermeister oder Gemeinderatsmitglieder seien seitens der Kirchenverwaltung fehl am Platz und werde nur auf dem Rücken derjenigen Bürger ausgetragen, die in absehbarer Zeit auf Pflege angewiesen sind und sehr gerne in einem Pflegeheim im Ort verbleiben möchten, so die Meinung der Gemeinderäte und anwesenden Bürger. Machtgerangel oder Rechthaberei wurde als Kinderlei abgetan, denn es gehe schließlich um ein zukunftsbestimmendes Projekt. Dabei sei die Pflege an und für sich ein eigenes Thema, so die Antwort auf einige Einwände eines Zuhörers, die aber nichts mit dem interessierten Investor zu tun hätten. Dass Pflege viel Geld kostet, egal ob im Heim oder Zuhause, stehe außer Debatte. Die Frage, wann ein Betreiber gesucht werden könne, beantwortete Bürgermeister Rost so: „Der Investor braucht zuerst ein Grundstück und ein gültiges Baurecht. Dann erst könne man sich nach einem Betreiber umsehen. Vorher wird keiner eine Zusage geben!“

Es stehe nach wie vor außer Frage, dass es ein Glücksfall für Gottfrieding wäre, ein Wohn- und Pflegeheim im Ort zu haben. Dass diese

Chance genutzt werde und die Kirche doch noch einer Veräußerung oder einem Tausch des benötigte Grundstücks in der Größenordnung von ungefähr 6500 Quadratmetern zustimmt, dafür werde er sich auch weiterhin unermüdlich und vehement einsetzen, versprach Bürgermeister Gerald Rost. Dann würde immer noch eine Restfläche von 5000 Quadratmetern für das Pfarr- und Jugendheim verbleiben. Die vom Bistum angekündigte „eingehende Prüfung und Beratung“ müsse schnellstens über die Bühne gehen, um zu verhindern, dass sich der Investor aus zeitlichen Gründen zurückzieht. Er sei nach wie vor an einer konstruktiven Lösung des Problems interessiert – das heißt, sich mit den Verantwortlichen der Kirche zu diesbezüglichen vernünftigen Verhandlungsgesprächen zusammensetzen, was bisher leider immer fehlgeschlagen sei. Auch den Vorschlag, zusammen einem von der WOB erbauten Pflegeheim einen Besichtigungs-Besuch abzustatten, hält Bürgermeister Rost aufrecht. „Mein oberster Dienstherr ist der Gemeindebürger“, so sein Motto und deshalb wolle er auch der Bitte von zahlreichen Gottfriedingern nachkommen – nämlich „dran zu bleiben“ am Projekt Wohn- und Pflegeheim.

Eine Gemeinderätin sprach mit ihrem Appell wohl vielen Bürgern und Bürgerinnen Gottfriedings aus der Seele: „Wir wollen keine Schlammschlacht, auch keine Drohungen seitens der Kirche – sondern vielmehr eine offene und transparente Informations- und Diskussionsbasis zwischen der Gemeinde, Bevölkerung und Kirche“. Entsprechende Anträge zur Bürgerbefragung werden in Kürze an die Kirche gestellt, gleichermaßen ergeht ein Antrag zur umgehenden Prüfung und Feststellung der Teilfläche für ein Pfarr- und Jugendheim für kirchliche Zwecke, um die Fläche für den Bau eines Wohn- und Pflegeheimes zu gewährleisten.

Evi Lichtinger